

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagskontor: Gebt. Verhölz, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und "Woll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normzeile  
30 Pf., die 60 mm breite Normzeile 1,50 M. für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen  
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 244

Dresden, Dienstag den 19. Oktober 1926

37. Jahrg.

## Sofortige Hilfe!

### Sozialdemokratischer Vorstoß für die Erwerbslosen

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:  
Der Reichsausschuss für Soziale Angelegenheiten trat Montag früh wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam der sozialdemokratische Antrag zur Verhandlung, wonach sofort ein Interimsausschuss einzusetzen ist, der die dringlichsten Fragen für

#### die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

so beschleunigt vorzubereiten hat, daß dem Plenum des Reichstages am 8. November bereits eine Vorlage gemacht werden kann. Genosse Koch betonte in seiner Rede, daß die Sozialdemokratie auf der sofortigen Behandlung der Erwerbslosenfürsorge bestehen müsse, aber gleichzeitig auch keine Verhinderung der Ausschussberatung über das Arbeitsgerichtsgesetz wünsche. Die Einsetzung des Interimsausschusses gebe die Möglichkeit, bis zum 8. November die erste Lesung des Arbeitsgerichtsgesetzes im Reichstag zu beenden und gleichzeitig die erforderlichen Beilagen hinsichtlich der

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, der Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, der Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgeworfenen, der Befreiung der Pflichtarbeit und des Schutzes der älteren Arbeiter und Angehörigen

herbeizuführen. Von der Zentrumstraktion war inzwischen auch ein Brief eingegangen, worin die Beratung der Erwerbslosenfürsorge verlangt wird. Die Kommunisten brachten einen Antrag zur die Neuregelung ein, verlangten aber gleichzeitig, daß der Sozialausschuss in der nächsten Woche mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage die Wahl wieder nach Hause geschickt werden solle. Das Arbeitsgerichtsgesetz erließen dem Reichstag, dem Abg. Köchel, als nicht so dringlich. In gleicher Weise lebten sich Dr. Rabemacher (Dnt. Fr.) und Thiel (D. Fr.) dafür ein, daß der Reichstag Ende dieser Woche wieder vertagt werde. Es wurde dann gegen die Rechtsparteien und die Kommunisten beschlossen, die vorerwähnte Ausschussagenda durchzuführen und den Stoff dem Interimsausschuss vorzubereiten, der am 19. Oktober einberufen wird. Die erste Beratung über die Erwerbslosenfürsorge im Volksausschuss soll bereits am 19. Oktober beginnen.

## Das Kapital ruft nach Handelsfreiheit

Internationale Wirtschaftsunion  
P. Paris, 18. Okt. (Fig. Traité.)

Die Internationale Wirtschaftsunion wird von dem Rat der Internationalen Handelskammer am Mittwoch veröffentlicht werden. Nach Darstellungen der Handelskammer handelt es sich bei dem Appell der Wirtschaftsführer um das Ergebnis von Beratungen, die mehr als sechs Monate in Anspruch nahmen. An ihnen beteiligten sich maßgebende Vertreter der wichtigsten Wirtschaftszweige. Neben dem Inhalt der Wirtschaftsunion verläutelt, daß sie vor allem die internationale finanzielle Lage beleuchtet und die Mängel der internationalen Warenverkehr darlegt. Durch die Verschärfung der großen europäischen Wirtschaftskrisis nach dem Krieg sei der wirtschaftliche Verkehr zwischen den Völkern gehemmt worden. Dieser Zustand habe die einzelnen Länder Industrien geschädigt mit dem Erfolg, daß der Weltmarkt in der ganzen Welt überflutet ist. Der Handel sei heute zwischen den einzelnen Ländern nicht mehr Austausch von Gütern im Interesse des Wohlstandes und des Wohlergehens des einzelnen sowohl wie des ganzen Landes, sondern ein Krieg. Die Darstellung kommt zu dem Schluss, daß nur

#### die Wiedereinführung der Handelsfreiheit

die normale Lage im Handel und auf dem Weltmarkt wiederherstellen könne. Die Befreiung in der Weltwirtschaft habe deshalb einen einschneidenden Wechsel in der Politik zur Voraussetzung. Wie weiter bekannt wird, denkt man daran, daß man neben einer vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz im Rahmen des Völkerbundes einen Ausschuss errichten wird, der sich besonders mit der Frage der Handelsfreiheit beschäftigen wird.

## Dormmüller Reichsbahnchef

D. Berlin, 19. Oktober. (Fig. Justizspr.) Amtlich wird gemeldet: Die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Fernleitungsrat der Reichsbahn in der Frage einer möglichst engen künftigen Zusammenarbeit zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsverkehrsministerium sind heute zum Abschluß gekommen. Nachdem die Institutionen beiderseits Zustimmung gefunden haben, konnte nunmehr durch den Herrn Reichspräsidenten die Bestätigung der Wahl des bisherigen stellvertretenden Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dormmüller, zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ausgesprochen werden.

Trotz der engen Zusammenarbeit einen Rufes für die Arbeiter und Angestellten bringen wird, darf man noch nicht erwarten. Die Arbeiter müssen selber für ihre Forderungen kämpfen und sich zusammenschließen.

## Hollands Wint an Wilhelm

In den Meldungen über eine Unterredung des holländischen Innenministers mit dem früheren deutschen Kaiser erzählt das 8. Uhr Abendblatt ergänzend aus Amsterdams, daß die holländische Regierung Wilhelm mitteilen ließ, daß sie aus den bekannten Gründen nicht ihre Zustimmung dazu erteilen könnte, wenn der Kaiser die Absicht hätte, seinen Aufenthalt außerhalb Hollands zu nehmen, da sie ja gewissenhaft feierlich gegenüber den Entente-mächten die Verpflichtung übernommen habe, daß Wilhelm II. Holland nicht mehr verlasse.

## Hände weg von den Grundrechten!

### Ein Skandal im Innenministerium — Reaktionärer Vorstoß für Erweiterung der Macht des Reichspräsidenten

Die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten hat die Weimarer Verfassung nur grundsätzlich bestimmt, ihre Anwendung aber besonderen Bestimmungen durch ein Ausführungs-gesetz vorbehalten. Das Ausführungs-gesetz wird jetzt von der Reichsregierung vorbereitet und soll dem Reichstag in diesem Winter zur Verabschiedung vorgelegt werden. Schon kürzlich kam eine ungeheuerlich klingende Nachricht über geplante reaktionäre Verschärfungen der Rechte des Reichspräsidenten in die Öffentlichkeit, doch wurde von dem Innenminister Kütz erklärt, es sei nur ein Referentenentwurf eines Regierungs-beauftragten in Ausarbeitung begriffen, aber es liege noch keinerlei Stellungnahme vor.

Nest ist dieser Referentenentwurf bekannt geworden, vielleicht sogar durch eine Indiskretion im Kabinett. Jedenfalls ist die Wirkung dieser Veröffentlichung ein Alarm für die Republikaner, die Demokratie in der Verfassung zu schützen. Der Referentenentwurf behauptet die schlimmsten Befürchtungen. Die Verfassung soll nach rechts zu revidiert werden, das haben die Reaktionäre schließlich durchgesetzt. Freilich: sofern der Referentenentwurf von der Reichsregierung angenommen und im Reichstag von ihr vertreten wird. Hier aber scheint noch Unsicherheit zu herrschen, denn soeben kommt die offizielle Meldung, daß der Innenminister dem Referentenentwurf nur zur Grundlage von Besprechungen nehmen will, die zwischen dem beteiligten Reichsministerium geschlossen werden sollen. Die Reichsregierung habe überhaupt noch keinerlei Stellung zu der Frage genommen. Wenn das richtig ist, so bleibt trotzdem die Ungeheuerlichkeit bestehen, daß der Innenminister gerade einen (oder mehrere) seiner reaktionären Räte auswählte, um den Entwurf vorzubereiten. Handelt es sich um demokratische Beamten? Oder wurde er übergeben?

Es ist gut, daß die Republikaner rechtzeitig Kenntnis erhalten von den geplanten Verschärfungen, um sich ebenso rechtzeitig zur Wehr setzen zu können.

#### Kritik 48 der Verfassung lautet:

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet

wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Der fidele Referentenentwurf enthält nun in jedem Punkte Vor schläge, die der Demokratie schmerzhaft zuwider sind. So wird gefordert, daß der Reichspräsident die ihm nach Artikel 48 Absatz 2 zustehenden Befugnisse ganz oder zum Teil anderen Personen oder Stellen übertragen kann (Reichsbeauftragte). Ebenso soll er „Bezirksbeauftragte“ mit absoluter Vollmacht ausrüsten können. Das würde eine schöne Titulatur kleineren Funktionären geben, die alle „unverantwortlich“ blieben.

Der Entwurf behandelt die Uebertragung der Gewalt auf einen Militärmachtshaber, auf eine Zivilperson und regelt deren Amtsführung. Das Verlangen des Reichstages auf Aufhebung soll sich nur auf allgemeine Anordnungen beziehen, also praktisch wertlos bleiben. Die weiteren Bestimmungen sind ähnlicher Art. Es wird darüber heftigster Alarm zu schlagen sein, wenn die Reichsregierung diesen „Entwurf“ ernsthaft ganz oder teilweise zu dem ihren machen sollte.

Herr Demokrat Dr. Kütz sollte sich warnen lassen. Wenn er als Innenminister die Rolle übernehmen will, die Wünsche der Reaktion als Gesetzesbestimmungen in die Verfassung zu schmuggeln, so wird er erst noch einen Ansturm der Republikaner und der Demokraten (der wirklichen Demokraten, nicht zu verwechseln mit den Parteimitgliedern der Demokratischen Partei) zu bestehen haben. In den Zeiten der wirtschaftlichen Not fehlt gerade noch der Versuch, die politischen Grundrechte des Volkes einzuschränken. Das schaffende Volk muß wachsam sein und sich in der Sozialdemokratie das taugliche Instrument erhalten, durch das es den Angriff pariert.

## Unfreie Kulturarbeit

Von Artur Crispian, M. d. R.

Wer geistig stumpf und feilsch schlief im Elend lebt, umgeben von Schmutz und Schand, der gehört zum toten Gewicht im proletarischen Klassenkampf. Er ist entweder hoffnungslos verzweifelt, für jedes ernste Streben verloren, oder er flüchtet in eine „bessere Welt“.

Schmutz und Schand sind nicht nur Dinge, die man gemeinhin als fittlich anständig bezeichnet. Es gibt viel schlimmere Sachen, gegen die auch die eifrigsten bürgerlichen Sittlichkeitspostel nichts einzuwenden haben. Schmutz sind die öden Stadtviertel an, in denen die Proletarier zusammengetrieben sind. Hier haufen sie meist in häßlichen Straßen, in häßlichen Häusern, in häßlichen Wohnungen mit erbärmlichem Hausrat.

In diese Umgebung kehrt der Proletarier von seiner Arbeitsstätte heim. Man soll beileide nicht sagen, daß die Kapitalisten sich nicht um das Wohlergehen der Arbeiter kümmern. Sie bauen Brunnweinstuben hin, wo den Arbeitern der Trank der Verbäubung gereicht wird; sie lassen Kinos einrichten und Filme drehen, die von ebenso edlen wie schönen Prinzen und armen, glückselig gemachten Mädchen handeln. Auch durch den Rundfunk werden den geistig bedürfnislosen Volkenschaaren, Beeinflussungen und Irreführungen zuteil. Die Kapitalisten schmuggeln: Das haben die Armen so gern, eine phantastische „bessere Welt“. Danach schlafen die Arbeiter gut und am Morgen tun sie wieder willig ihre Arbeit.

Solche Methoden tragen dazu bei, Menschen feilsch zu verkrüppeln und ein geistiges Lumpenproletariat heranzuzüchten. Das Gerümpel, das die Kapitalisten dem Proletarier für sein Privatleben überlassen, ist Schmutz und Schand, zusammengetragen aus den Wäffeln der bürgerlichen Kultur.

Wie schwer es ist, die breiten Massen aus diesem Schmutz und Schand herauszubringen, wissen wir, die wir in der Arbeiterbewegung wirken. Gibt es doch immer noch so manchen Proletarier, der glaubt, es sei klassengemäß für ihn, die dreißigsten Lokale aufzusuchen.

Es ist, gemessen an der Miesenzahl des proletarischen Heeres, im wesentlichen erst ein Vortrupp der Arbeiter, der begonnen hat, sich mit reinen schönen Dingen zu umgeben und sich auch geistig von bürgerlicher Abhängigkeit freizumachen.

Man kann nicht politisch um die höchsten Ziele kämpfen, liegen und den Sozialismus verwirklichen, wenn man sich auf Massen stützt, deren Denken und Fühlen von bürger-

lichen veralteten Ideen und entarteten Kulturständen beherrscht wird. Der politische Kampf kann nur fruchtbar gemacht werden, wenn er von proletarischer Kulturarbeit begleitet wird.

Nach 1848 gab es Revolutionsromantiker, die glaubten, eine kleine Eliteklasse könnte die Befreiung der Arbeiter für das ganze Proletariat herbeiführen. Kein anderer als Karl Marx sagte ihnen am 15. September 1850 in einer Sitzung der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes: „Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchgemacht, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.“

Um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, dazu dienen die Kulturbestrebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit ist die Zentrale für das sozialistische Arbeiterbildungswesen in Deutschland. Er gibt die Monatschrift Die Bücherwarte mit der ständigen Beilage Arbeiter-Bildung heraus, er unterhält die Freie Sozialistische Hochschule, die wissenschaftliche Einzelvorträge bietet und eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften bildet. Wanderlehrer bereiten die einzelnen Bezirke und halten Wanderkurse aus den Gebieten der Geschichte, Nationalökonomie, Gesellschaftswissenschaft und Arbeiterbewegung ab.

Daneben vermittelt der Reichsausschuss wissenschaftliche Kräfte für einzelne Vortragserhellungen und Kurse. In einer Reihe von größeren Städten, wie Berlin, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M. u. a., bestehen eigene sozialistische Bildungsschulen. Wo solche Schulen nicht bestehen, werden in größeren Orten durch die bestehenden Bezirks- und Ortsbildungs-ausschüsse Bildungskurse veranstaltet. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet ferner Ferienkurse und Ferien-Studienreisen. Weiter bestehen ein Wäffelerbeirat, ein Film-ausschuss und eine Jugendschriftenprüfungs-kommission. Eine eigene Lichtbildzentrale, die über 164 Lichtbildserien verfügt, vermittelt Lichtbildvorträge über alle Gebiete des Wissens und der Kunst. Neben der Zeitschrift Arbeiter-Bildung wird unter dem gleichen Titel noch eine Schriftenreihe herausgegeben, die in den einzelnen Bezirken Material und Anregungen für die Ausgestaltung der Arbeiter-